Die Linke Ratsfraktion Remscheid

Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon: 0 21 91/951 36 82
Fax: 0 21 91/951 37 31
Email: fraktion@dielinke-remscheid.de
Internet: www.dielinke-remscheid.de

Die Linke
Fraktion im Rat der Stadt Remscheid

Freitag, 12. April 2024

Antrag
der Fraktion

Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgenden Antrag auf die Sitzung des Rates am 18.04.2024 zu nehmen und zur Abstimmung zu stellen.

1. Der Rat der Stadt Remscheid spricht sich gegen die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete aus.
2. Die Remscheider Abgeordneten im Landtag werden aufgefordert sich dort ebenfalls gegen die Einführung einer Bezahlkarte zu positionieren.
3. Sollte das Land NRW die Bezahlkarte landesweit verpflichtend einführen, spricht sich der Rat der Stadt Remscheid dafür aus, dass sie für die Asylsuchenden möglichst diskriminierungsfrei und ohne Einschränkungen nutzbar sein muss.
   Das bedeutet insbesondere:
   - Mit der Bezahlkarte kann ohne Summenbeschränkung Bargeld abgehoben werden.
   - Die Bezahlkarte ist für jeden Zahlungsverkehr nutzbar (z.B. auch beim Online-Einkauf).
   - Überweisungen sind möglich.
   - Es darf keine örtliche oder regionale Beschränkung zur Nutzung der Karte geben.
   - Es bleibt die Möglichkeit bestehen, ein Bankkonto mit allen darin enthaltenen Funktionen einzurichten.

Begründung

Die Bundesregierung und die Länder haben Ende letzten Jahres beschlossen eine sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen. Nach monatelanger Diskussion sind jetzt auch die Modalitäten im Bundestag weitgehend festgelegt worden. Danach soll die Bezahlkarte die Bargeldauszahlung an Asylsuchende teilweise ersetzen. Ein „Taschengeldbetrag“ soll weiterhin als Bargeld ausgezahlt werden können und den Asylsuchenden zur Verfügung stehen. Die Höhe dieses Taschengeldes ist nicht festgelegt, muss von Land oder Kommunen bestimmt werden. Genauso wenig ist bisher klar, welche Einschränkungen die Bezahlkarte beinhaltet. So könnte die Karte etwa nur in der eigenen Kommune oder für bestimmte Produkte nutzbar sein oder Online-Einkäufe unmöglich machen. Möglicherweise haben auch nicht alle Läden eine Zahlungsanbindung.
Dies würde insgesamt die Würde und Selbstbestimmung der Geflüchteten enorm

einschränken. Die Bezahlkarte diskriminiert Menschen, die sie etwa im Supermarkt benutzen. Sie dienen nicht dazu Integration zu fördern; ganz im Gegenteil - die Bezahlkarte muss als zusätzlich stigmatisierend betrachtet werden.

Die Befürworter der Bezahlkarte sprechen davon, dass die Bezahlkarte Geflüchtete davon abhält riesige Summen in die Heimat zu überweisen und so einen angeblichen „Pull-Faktor“ beseitigt. Im Faktencheck ist dieses Argument leicht widerlegbar:

Ein Alleinstehender im Bürgergeldbezug bekommt 563€ im Monat; dies soll das Existenzminimum abdecken. Ein alleinstehender Geflüchteter hingegen erhält nur 460€, also folglich weniger als das Existenzminimum. Wie soll man davon Geld sparen und nach Hause schicken?

Mit der Diskussion um die Bezahlkarte aber wird suggeriert, Geflüchtete missbrauchten massenhaft das Sozialsystem – dies entbehrt jeglicher Grundlage! Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind vor Krieg, Zerstörung, Folter und Tod geflohen. Wir müssen ihnen die Chance geben, bei uns ein Leben in Sicherheit und Würde zu führen.

Die Bezahlkarte hilft dabei nicht!

Mit freundlichen Grüße

Gez.:

Brigitte Neff-Wetzel
(Fraktionsvorsitzende)

Peter Lange
(Ratsmitglied)

Axel Behrend
(Ratsmitglied)